

Bemerkungen

zu dem Entwurfe des Haushaltplanes der Kreisstadt Plauen
auf das Rechnungsjahr 1930.

Der Wunsch, der, wie so manchmal schon, auch am Schlusse der Bemerkungen zum vorjährigen Haushaltplane, wenn schon da bereits in banger Sorge und mit wenig Zuversicht und mehr als Mahnung, ausgesprochen worden war, — es möchten endlich wieder günstigere Verhältnisse bei uns einkehren und der Ausgang des Haushaltjahres wieder von lichterem, für die Stadt und ihre Bürgerschaft auf die Dauer verheißungsvolleren Zeiten begleitet sein, — ist auch im Laufe dieses Jahres nicht einen Schritt der Erfüllung nähergekommen. Im Gegenteil, wenn schon das Jahr 1929 sehr trübe begann und die Aufstellung des Haushaltplanes für 1929 schwere Mühe bereitete, schicksalschwerer denn je lastet die Gegenwart auf dem deutschen Volke: überall Betriebseinschränkungen und -stillegungen, Zahlungseinstellungen, Vergleichsverfahren und Konkurse und Arbeitslosigkeit in erschreckend steigender Zunahme; Steigen der Ausgaben, Sinken der Einnahmen. Kassenschwierigkeiten von nie gekanntem Ausmaße, die ernstlichst die Zahlungsfähigkeit von Reich, wie Ländern und Gemeinden bedrohten, bildeten den Ausgang des Jahres und erforderten Bankkredite allein für die Aufrechterhaltung der laufenden Wirtschaft von besorgniserregender Höhe. Laut mahnend pocht die Not an bei Reich und Ländern und zwangsläufig damit auch bei den Gemeinden, und mit banger Sorge sehen alle verantwortungsbewußten Kreise in die Zukunft. Dabei sind die Gemeinden diejenigen, die unter der Wirtschaftsnot am unmittelbarsten und schwersten leiden müssen; denn jeder wendet sich in seinen Nöten zunächst an sie, jeder fordert und erwartet von ihnen als die selbstverständliche Pflicht seiner Gemeinde die nötige Hilfe; ihre Zwangsausgaben, ihre Wohlfahrtslasten steigen in erschreckendem Maße und werden noch gesteigert durch die Notwendigkeit stärkster finanzieller Sanierung der Reichsarbeitsanstalt und die daraus hervorgehende systematisch durchgeführte weitgehende Abstoßung von Erwerbslosen aus der Fürsorge der Arbeitsämter. Auf der anderen Seite müssen sie ihre Hoffnung, für ihre Nöte endlich einmal ein offenes Ohr und in einem schleunigen gerechten Finanzausgleich die notwendige Hilfe zu finden, immer wieder dahinschwinden sehen. Immer wieder werden sie mit vagen Bertröstungen oder kleinen Mitteln, die aber die Not nicht an der Wurzel fassen, dahingehalten; man denkt allein an die Sorge um das Reich, ohne zu bedenken, daß die Gemeinden die Grundlagen des Reiches und in Schicksalsgemeinschaft mit ihm verbunden sind; man frisst, wie neuerdings der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, immer wieder den billigen Vorwurf der hemmungslosen Ausgabenwirtschaft der Gemeinden auf¹⁾ und wird sich erst dann zu einer durchgreifenden Hilfe aufrufen, wenn es zu spät ist, wenn — zum Schaden auch des Reiches und der Allgemeinheit — schon zu viel in den Gemeinden zusammengebrochen und unwiderruflich vernichtet sein wird.

1930 ein Notjahr! Das ist jetzt das Schlagwort der Zeit, mit dem man sich über seinen eigenen Mangel an Entschlossenheit zu rücksichtslos durchdrückendem Handeln hinwegzutäuschen sucht und die für das ganze deutsche Reich so nötige und brennende Reform der gesamten Verwaltung und Finanzwirtschaft von oben herab und an Kopf und Gliedern immer wieder dem Treiben der politischen Parteien und Interessen opfert und auf die lange Bank schiebt. Wird 1930 wirklich „das Notjahr“ bleiben? Werden wir wirklich mit diesem Jahre den Tiefststand unserer wirtschaftlichen und finanziellen Not erreicht haben und nunmehr wieder rüstig emporschreiten dürfen? Oder werden wir nicht vielleicht auf wer weiß wie lange und mit welcher noch gesteigerten Schärfe mit einer Reihe von Notjahren zu rechnen haben? Eine ehrlich und nicht leichtfertig arbeitende Finanzwirtschaft wird ihre Berechnungen auf einen längeren Zeitraum der Schwierigkeiten einstellen, und sie wird deshalb mit schwerer Sorge an den neuen Haushaltplan herantreten und ernstlich bestrebt sein, ihn in seinen Einnahmen und Ausgaben nach Möglichkeit zu balancieren, um einer weiteren, in ihrer Auswirkung verhängnisvollen Verschuldung der Gemeinde für die laufende Wirtschaft vorzubeugen.

So, unter den denkbar schwierigsten wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen mußten wir dieses Jahr an die Aufstellung des Haushaltplanes herangehen. Und wenn unsere Stadt seit Jahren schon stark mit Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt hat, wenn hier bisher schon von Jahr zu Jahr, der Not gehorchend, immer wieder und immer mehr an den einzelnen Berausgaben eingespart und der Haushaltplan immer mehr zusammengeschnitten worden ist, so kann es nicht Wunder nehmen, daß in diesem Jahre die Aufstellung und Durchberatung in den Ausschüssen besonders schwere und mühevolle Arbeit bedeutete und wesentlich mehr Zeit in Anspruch nahm, denn früher je, und daß dank dieses über Maß gebotenen Einsparungszwanges der Gang der Verhandlungen in den Ausschüssen und im besonderen im Finanzausschusse alles andere als Befriedigung auszulösen vermochte. Denn waren schon die Abteilungen und Sachausschüsse

¹⁾ Ähnlich hat Dr. Cremer (D. V. B.) am 2. Mai im Reichstage gesagt: „Die jetzige Überweisungspolitik führt dazu, daß Länder und Gemeinden sich um das Sparfamkeitsprinzip nicht zu kümmern brauchen, während das Reich am Notwendigsten Mangel leidet.“ (1)

Im Gegensatz dazu erklärte Finanzminister Dr. Weber am 27. April in Dresden: „Ohne Hilfe des Reiches ist der in Sachsen eingetretene Notstand kaum zu lindern.“